

# Das Wallis und die Bundesverfassung von 1848

Von PD Dr. Louis Carlen

## I.

Das Wallis beschritt den Weg zum Schweizerischen Bundesstaat nicht ohne politische Auseinandersetzungen. Edgar Bonjour hat die *Lage im Wallis* in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts wie folgt charakterisiert: «Dieser periphere Kanton wurde durch Gegensätze der Überlieferung, der Sprache, der Wirtschaft und der Politik in zwei Lager gespalten. Im deutschsprachigen Oberwallis war die Erinnerung an die ehemalige Herrenstellung nicht ganz geschwunden, während das französisch sprechende Unterwallis seine Ressentiments als ehemaliges Untertanenland nicht ganz überwunden hatte. Hier war die Bevölkerung bereits städtisch durchsetzt, dort wies sie noch rein bäuerlichen Charakter auf. Die Politik des Oberwallis zeigte aristokratisch-klerikalen, diejenige des Unterwallis demokratisch-weltlichen Anstrich.»<sup>1)</sup>

1840 gelang es den Liberalen des Unterwallis, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die ihnen volle Gleichberechtigung vermittelte.<sup>2)</sup> Die Altgesinnten traten in heftige Opposition gegen die Reformen der Regierung in Schule und Steuerwesen. Eine konservative Mehrheit zog in den grossen Rat zurück<sup>3)</sup>, dann kam es zu Gewaltakten. Die Walliser Regierung bat den Vorort Luzern um Intervention. Deren Kommissär, Staatsschreiber Bernhard Meyer, griff auf zweideutige Weise in die Wirren ein.<sup>4)</sup> Am 20. Mai 1844 wurden die radikalen Unterwalliser bei Ardon und am folgenden Tag am Trientbach geschlagen<sup>5)</sup>, weshalb sich am eidgenössischen Schützenfest in Basel

<sup>1)</sup> *Edgar Bonjour*, Die Gründung des Schweizerischen Bundesstaates, Basel 1948, S. 38.

<sup>2)</sup> *Franz Seiler*, Die Anfänge der modernen Demokratie im Kanton Wallis, Brig O. J., S. 39 ff.

<sup>3)</sup> *Andreas Seiler*, Die politische Geschichte des Wallis 1815—1844, Zürich 1939, S. 107 ff.

Vgl. zur Stimmung im Oberwallis *Louis Carlen*, Geschichte der Brigensis, Studentenverbindung am Kollegium Brig, Brig 1961, S. 3 ff.

<sup>4)</sup> *Bernhard Meyer*, Erlebnisse des Bernhard Ritter von Meyer, Wien und Pest 1875.

<sup>5)</sup> Vgl. *Maurice Barmann*, La Contre-Révolution en Valais, Vevey 1844; *Seiler*, a. a. O., S. 158 ff. und dort verzeichnete Literatur.

1844 ein Strafgericht über die Walliser Ereignisse entlud<sup>6)</sup>, die gesamtschweizerische Bedeutung erlangten. Sie zeigten die ganze Fragwürdigkeit des eidgenössischen Bundesvereins, der nicht imstande war, einzuschreiten und zur Ordnung zu sehen und in föderaler Ohnmacht dalag.<sup>7)</sup>

Gerade die Walliser Wirren ließen den Ruf nach einem neuen Kurs in der eidgenössischen Verfassungspolitik lauter und dringender werden und trugen so zur Revision des Bundesvertrages von 1815 und zum Erlaß der Bundesverfassung von 1848 bei.

Es entstand der Sonderbund, bildete sich die radikale Tagsatzungsmehrheit und brach 1847 die große Krise und mit ihr der Bürgerkrieg in der Schweiz aus, in den das Wallis miteinbezogen wurde.<sup>8)</sup>

## II.

Die Bundesverfassung von 1848 bildete den *Kompromiß* und die Lösung des Konflikts. Am 16. August 1847 beschloß die Tagsatzung mit 13 gegen 8 Stimmen, einem besonderen Ausschuß die Revision des Bundesvertrages von 1815 zu überweisen und ihn zu beauftragen, darüber Gutachten und Anträge auszuarbeiten. Nach der Niederwerfung des Sonderbundes wurde die Kommission, in die zuerst nur die reformfreundlichen Kantone je einen Vertreter abordneten, auf 23 Mitglieder aus den übrigen Kantonen erweitert, nur Neuenburg und Appenzell I.-Rh. blieben noch fern. Die Kommission beriet auf Grund eines von Henri Druet und Johann Konrad Kern verfaßten Schemas und in Anlehnung an den Entwurf von 1832 vom 17. Februar bis 8. April 1848 einen Verfassungsentwurf, den sie selber mit 14 Stimmen annahm.<sup>9)</sup>

<sup>6)</sup> *Emil Dürr*, Das eidgenössische Schützenfest von 1844 in Basel in der Beurteilung Jeremias Gotthelfs, Jacob Burckhardts und Gottfried Kellers, *Neue Schweizer Rundschau* N. F., V. Jg., (Zch. 1937); *Anton Gattlen*, Die Walliser und das Eidgenössische Schützenfest von 1844, *Walliser Jahrbuch* 24 (1955), S. 15 ff.

<sup>7)</sup> *Bonjour*, a. a. O., S. 39. Vgl. auch *Hans C. Huber*, Zürcherische Pressestimmen zu den Walliser Wirren des Jahres 1844, *Zürcher Tagebuch* 1949, S. 131 ff.

<sup>8)</sup> Vgl. *Peter Josef Kämpfen*, Freiheitskämpfe der Oberwalliser in den Jahren 1798 und 1799, *Stans* 1868, S. 224 ff; Das Wallis und der Sonderbund, *Neudruck in Schweizer Rundschau* 47 (1947), S. 299 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. *Bonjour*, a. a. O., S. 153; *Eduard His*, Geschichte des neueren Schweizer Staatsrechts, III, Basel 1938, S. 6 ff; *Walter Burckhardt*, Kommentar der Schweizer Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, Bern 1931, S. 5 ff; *J. Schollenberger*, Das Bundesstaatsrecht der Schweiz, Berlin 1902, S. 128 f; *William E. Rappard*, Die Bundesverfassung der Schweizer. Eidgenossenschaft 1848—1948, Zürich 1948, S. 121 ff; *Fritz Fleiner*, Die Gründung des Schweizer. Bundesstaates im Jahre 1848, Basel 1898, S. 12 ff.

Das Wallis war in dieser Kommission durch Maurice Barmann<sup>10)</sup> vertreten, der dann aber durch F. Kaspar Zen Ruffinen<sup>11)</sup> ersetzt wurde. Da die Kommissionsmitglieder ohne Instruktion der Kantone votierten, die Sitzungen geheim abgehalten und im Protokoll weder die Namen der Sprecher oder Antragsteller noch der Stände, denen sie angehörten, genannt wurden, ist nicht bekannt, welche Rolle der Walliser Vertreter in der Revisionskommission spielte.<sup>12)</sup>

### III.

Der Entwurf wurde den Kantonen zugestellt, damit diese ihn beraten konnten. Der *Walliser Staatsrat* arbeitete darüber eine Botschaft aus, die an alle Großräte weitergeleitet wurde.<sup>13)</sup> Die Botschaft enthält keine wesentlich neuen Gesichtspunkte, sondern lediglich einige allgemeine Hinweise zur Revision des Bundesvertrages und zum Verfassungsentwurf und kurze Bemerkungen zu sieben Artikeln<sup>14)</sup>, die dem Bund das Recht zur Errichtung einer Universität und polytechnischen Schule und von Seminarien verleihen, die Zollhoheit an den Bund abtreten, die Auslieferung von Angeklagten zwischen den Kantonen bestimmen, das Stimmrecht regeln, für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse die Zustimmung beider eidgenössischer Räte verlangen und das Zweikammersystem im Parlament einführen.

In der Mai-Session des *Großen Rates* 1848 war der Entwurf zur neuen Bundesverfassung erster und wichtigster Verhandlungsgegenstand. Es ging darum, die Walliser Abordnung auf die Tagsatzung zu bestimmen und ihr verbindliche Instruktionen mitzugeben, wobei der Staatsrat diese Instruktionen nicht zu sehr eingengt wissen wollte. Man beschloß, zu den zwei Tagsatzungsmitgliedern noch ein drittes zu erküren, das in der Person von Dr. Henri Ducrey<sup>15)</sup> mit 42 von 73 abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Dann hörte der Rat, der unter dem Präsidium von Pierre Torrent stand, den Rapport der Kommissions-

<sup>10)</sup> Louis-Maurice Barmann (1808—1878) von Saillon, 1831—39 und 1840—43 Landratsabgeordneter, 1847—50 und 1852—57 Staatsrat, 1848—57 Nationalrat, 1857—77 Großrat, 1840—44 Chef der Unterwalliser Truppen, 1851 eidg. Oberst (Walliser Wappenbuch, Zürich 1946, S. 23; Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz, I, S. 571).

<sup>11)</sup> F. Kaspar Zen Ruffinen (1803—1861), 1840—43 und 1848—56 Staatsrat, 1848—61 Bundesrichter (Walliser Wappenbuch, S. 297).

<sup>12)</sup> Protokoll über die Verhandlungen der am 16. Aug. 1847 durch die hohe eidg. Tagsatzung mit der Revision des Bundesvertrages vom 7. Aug. 1815 beauftragten Kommission (gedruckt).

<sup>13)</sup> *Staatsarchiv Sitten*, Protocol Grand Conseil 33.

<sup>14)</sup> Art. 22, 24, 25, 55, 63, 78, 91.

<sup>15)</sup> Dr. iur. Henri Ducrey (1805—1864) von Bovernier, Advokat, 1862—64 Bundesrichter (Walliser Wappenbuch, S. 82; Historisch-biogr. Lex. der Schweiz, II, S. 751).

referenten<sup>16)</sup>, woran sich die Diskussion der einzelnen Artikel schloss, von denen die Mehrheit diskussionslos passierte. Nicht gesprochen wurde im allgemeinen über Bestimmungen nationaler, politischer und sozialer Grundhaltung, die in großen Zügen bereits in der Walliser Kantonsverfassung vom 10. Januar 1848 enthalten sind.<sup>17)</sup> Dagegen riefen die wirtschaftlichen Reformideen im Bund, die versuchten, Industrie und Handel aus den beengenden Fesseln, aus der partikularen Zersplitterung und den vielen Zoll- und Verkehrsschranken zu befreien, nach eingehenderer Diskussion.

Man wollte genau definiert wissen, welche Verträge in Handel und Verkehr die Kantone noch selbständig schließen konnten (Art. 9).<sup>18)</sup> Ferner sollten vor Aufhebung und Ablösung der Land- und Wasserzölle, Weg- und Brückengelder durch den Bund (Art. 24) noch ausstehende Bundesentschädigungen an den Kanton bezahlt werden.<sup>19)</sup> Die Walliser Vertreter erhielten Auftrag, an der Tagsatzung in aller Form zu verlangen, daß der Kanton für das Salz, das er aus dem Ausland einfuhrte, keine Bundeszölle zu bezahlen habe (Art. 25). Die

<sup>16)</sup> Der Kommission gehörten an: Briguët, Dufour, Zermatten, von Riedmatten, Burgener, Udry, Loretan, Amacker, Filliez, Benjamin.

<sup>17)</sup> Gesetzessammlung des Kts. Wallis, Bd. VIII, S. 27 ff, speziell Art. 1—14 der Kantonsverfassung.

<sup>18)</sup> An der Tagsatzung verlangte die Walliser Gesandtschaft instruktionsgemäß nähere Aufschlüsse, was unter dem Ausdruck «Oekonomie» verstanden werde, wie er in Art. 9 des Entwurfes stand, wonach «den Kantonen die Befugnis bleibt, Verträge über Gegenstände der Oekonomie mit dem Ausland abzuschließen unter Vorbehalt gegenseitiger Bestimmungen des Bundesrechts». Aarau beantragte dann, den Ausdruck «Oekonomie» durch «Staatswirtschaft» zu ersetzen, was mit einer Mehrheit von 13 Ständen angenommen wurde. (Abschied der ordentlichen eidgenössischen Tagsatzung des Jahres 1847, IV. Teil, vom 11. Mai bis 27. Brachmonat 1848, S. 58 f.).

<sup>19)</sup> Die entsprechenden Instruktionen zu Art. 23 und 24 an die Gesandten wurden wie folgt formuliert und der eidg. Tagsatzung vorgelegt:

«1. Die Gesandtschaft hat den gemessensten Auftrag, nur insofern zu dem Entwurfe zu stimmen, als bei Feststellung der dem Stande Wallis zukommenden Entschädigung für ganze oder teilweise Aufhebung seiner Zölle, Weggelder, Ein- und Ausgangsgebühren, der gemäß seinem Finanzgesetz vom 31. Mai 1842 erhobene Reinertrag zur Grundlage genommen wird, obschon dieses Gesetz der Tagsatzung nicht zur Genehmigung vorgelegt worden ist; daß somit die infolge dieses Gesetzes bezogenen Gebühren dieser Art als von der Tagsatzung anerkannt behandelt werden.

2. Die Gesandtschaft von Wallis soll dann ferner auftragsgemäß darauf dringen, daß bei Berechnung des durchschnittlichen Reinertrages der drei letzten Jahre bezüglich auf den Kanton Wallis das Jahr 1847 oder doch wenigstens das letzte Quartal desselben nicht in Anschlag gebracht, sondern durch das Jahr 1844 oder durch eine andere billige Berechnung, wie z. B. durch den doppelten Ansatz des Ertrags des letzten Quartals von 1846 ersetzt werde.

3. Endlich soll die Gesandtschaft von Wallis noch darauf dringen, daß nicht der durch den letzten Satz des Art. 24 festgesetzte Modus der Ermittlung der Entschädigungssumme, sondern ein anderer der Billigkeit angemessener Maßstab auf die nun bald vollendete Fahrstraße vom Städtchen Leuk nach den dortigen Bädern angewendet werde, da das für diese auf Aktien gebaute Straße im Jahre 1838 von der Tagsatzung bewilligte Weggeld noch nicht bezogen werden konnte.»

(Abschied der ordentl. eidg. Tagsatzung für das Jahr 1847, Beilage zu Teil IV, Litt. E. S. 6).

Behandlung von Art. 29 des Entwurfes zur Bundesverfassung bot Gelegenheit, den Tagsatzungsabgeordneten ans Herz zu legen, dem Bund die Straße von Leukerbad besonders zu empfehlen.<sup>20)</sup>

Im Großen Rat des Weinlandes Wallis regten sich die Geister, als Art. 32 der Bundesverfassung zur Sprache kam, jener Artikel, der unter bestimmten Einschränkungen den Kantonen zugestand, auf Wein und andere geistige Getränke Konsumgebühren zu erheben und den Weinhandel regelt. Die Kommission sprach sich gegen jede Beschränkung des Weinhandels zwischen den einzelnen Kantonen aus. Dagegen opponierten verschiedene Redner, die «par esprit fédéral» ein Opfer von den Weinkantonen verlangten, jedoch mit ihrer Ansicht im Rat nicht durchdrangen.

<sup>20)</sup> Am 17. Brachmonat 1848 kam die Sache bei Behandlung des Art. 29 des Entwurfes zur Bundesverfassung, der dann einstimmig gestrichen wurde, zur Sprache. Der Tagsatzungs-Abschied, IV, S. 214, enthält darüber folgendes: «Bereits bewilligtes Weggeld für eine Straße, deren Bau noch nicht vollendet sei, ohne Entschädigung wieder aufgehoben werden dürfe. Wenn eine solche Straße erst seit dem Jahr 1846 vollendet worden, so könnten natürlich zur Ausmittlung der Entschädigungssumme nicht die Normaljahre 1842 bis und mit 1846 an Anwendung kommen. In diesem Fall müßte vielmehr die Entschädigung nach dem Resultate berechnet werden, welches sich seit der Erhebung des Weggeldes ergeben. Sollte sich aber der Bund mit den betreffenden Kantonen über das Maß nicht verständigen können, so würde der Fall zur definitiven Entscheidung an das Bundesgericht gelangen müssen. Die Gesandtschaft des Standes Wallis hat sich hierauf befriedigt erklärt und den Wunsch ausgesprochen, daß die gegebene Erläuterung in den Abschied möchte aufgenommen werden. — Der Antrag der Kommission in Beziehung auf Art. 29 ist mit allen Standesstimmen angenommen und somit die Streichung dieses Artikels beschlossen worden.»

«Hinwieder hat die Gesandtschaft des Kantons Wallis (am 19. Brachmonat) folgende Erklärung, respektive Verwahrung, zu Protokoll gegeben:

«La Députation du Valis demande un autre mode d'appréciation du produit de la route des bains de Louèche, que celle qui est indiquée à l'article 26, vu qu'elle n'est pas achevée, et qu'on ne pourra se régler sur l'avenir, Monsieur le rapporteur de la Commission ayant répondu qu'il est étendu que l'on prendrait les six premières années dès l'ouverture de la route.»

Der Herr Berichterstatler der Kommission, Präsident Kern, fand sich veranlaßt, die Erläuterung abzugeben, daß die Kommission die Bedenken, welche von der Gesandtschaft des Kantons Wallis vorgetragen worden seien, in reifliche Erwägung gezogen und dabei gefunden habe, daß wegen solcher einzelnen und exceptionellen Verhältnisse keine Ausnahmebestimmungen in den Bundesvertrag aufgenommen werden können. Es habe nämlich keineswegs die Ansicht gewaltet, daß ein bereits bewilligtes Weggeld für eine Straße, deren Bau noch nicht vollendet sei, ohne Entschädigung wieder aufgehoben werden dürfe. Wenn eine solche Straße erst seit dem Jahr 1846 vollendet worden, so könnten natürlich zur Ausmittlung der Entschädigungssumme nicht die Normaljahre 1842 bis und mit 1846 in Anwendung kommen. In diesem Fall müßte vielmehr die Entschädigung nach dem Resultate berechnet werden, welches sich seit der Erhebung des Weggeldes ergeben. Sollte sich aber der Bund mit den betreffenden Kantonen über das Maß nicht verständigen können, so würde der Fall zur definitiven Entscheidung an das Bundesgericht gelangen müssen.

Die Gesandtschaft des Standes Wallis hat sich hierauf befriedigt erklärt, und den Wunsch ausgesprochen, daß die gegebene Erläuterung in den Abschied möchte aufgenommen werden.

Der Antrag der Kommission in Beziehung auf Artikel 29 ist mit allen Standesstimmen angenommen und somit die Streichung dieses Artikels beschlossen worden.»

Begreiflicherweise konnte man sich im Wallis, wo verschiedene Männer lebten, die in fremden Diensten gestanden waren und von fremden Regierungen Pensionen und Orden bezogen, nicht einfach mit Art. 13 der neuen Bundesverfassung abfinden, der diese Pensionen, Titel und Orden den eidgenössischen Zivil- und Militärbeamten und den eidgenössischen Repräsentanten untersagte. So kam es über diesen Punkt zu Diskussionen.<sup>21)</sup>

Ebenfalls nicht unbestritten war Art. 22 des Verfassungsentwurfes, der den Bund befugte, eine Universität, eine polytechnische Schule und Lehrerseminarien zu errichten. «La commission doute, que l'établissement de ces diverses institutions offre pour le Valais des avantages qui compensent les sacrifices qu'il devra faire. Elle en propose la radiation», heißt es im Großratsprotokoll. Zwei Abgeordnete befürchten, daß die Walliser Jugend und vor allem die Theologiestudenten höhere Schulen besuchen müßten, deren Professoren vom Bund ernannt würden. Andere wiesen jedoch darauf hin, daß man die Walliser Theologen nicht verpflichten könne, die eidgenössische Universität zu besuchen. Schließlich wurde den Tagsatzungsgesandten aufgetragen, Streichung des Artikels zu verlangen und, falls sie in der Minderheit bleiben würden, zu beantragen, daß bloß die Möglichkeit des Bundes zur Errichtung einer eidgenössischen Universität vorgesehen werde. Damit glaubte man, einen alten Weg politischer Taktik einschlagend, doch noch eine Pforte offenzulassen, die das Werk einer eidgenössischen Universität<sup>22)</sup> einer sofortigen Verwirklichung entzog. Es war jedoch nicht notwendig, daß später die Walliser Gesandten an der Tagsatzung das Wort ergriffen. Mit dem Zürcher Jonas Furrer trat schon zu Beginn der Tagsatzungsdebatte über das Hochschulwesen ein prominenter Gegner einer eidgenössischen Universität auf den Plan. Schließlich stimmten jedoch auch die Walliser Gesandten in der Schlußabstimmung mit 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> anderen Kantonen zugunsten einer eidgenössischen Universität.<sup>23)</sup> Sie stimmten auch zu, daß dem Bund die Befugnis zustehe, Lehrerseminarien zu errichten.<sup>24)</sup>

<sup>21)</sup> Die Angelegenheit wurde von den Walliser Gesandten später auf der eidg. Tagsatzung am 19. Mai 1848 aufgegriffen. Der Tagsatzungs-Abschied, IV. S. 63, bemerkt dazu folgendes:

«Auf die Anfrage des Standes Wallis, ob auch Kantonsmilitärs, welche in den eidgenössischen Dienst treten, auf Pensionen verzichteten müßten, wurde mehrseitig erwidert, daß schon in der Kommission die Ansicht gewaltet habe, es beziehen sich die vorliegenden Bestimmungen nicht auf Offiziere, welche nur einen vorübergehenden Dienst zu leisten hätten, sondern es beschlagen dieselben eigentlich nur ständig und besoldete Militärstellen, eine Kategorie, in welche die Offiziere, welche nach den in der Schweiz herrschenden Begriffen keinen Beamteneid ausmachten, nicht gehörten.»

<sup>22)</sup> Vgl. *Emil Franz Jos. Müller-Büchi*, Der eidgenössische Universitäts-Plan von 1848/54 und die Konservativen, *Civitas* 16 (1960/61), S. 506 ff.

<sup>23)</sup> *Rappard*, a. a. O., S. 275, 279. Vgl. auch die ablehnende Haltung des Hochschulkantons Basel bei *Paul Burckhardt*, Basel und die Bundesverfassung von 1848, *Basler Jahrbuch* 1948, S. 97.

<sup>24)</sup> Abschied der ordentl. eidg. Tagsatzung des Jahres 1847. IV. Teil. S. 189.

Wesentlich war die Stellung des Staatsrates und des Großen Rates zum Aufbau der Bundesversammlung, die nach Ansicht der Walliser nicht in einem Zweikammernsystem bestehen sollte.

Auf eine Gesamtabstimmung über den Verfassungsentwurf verzichtete der Große Rat, da er es als seine Aufgabe ansah, lediglich den Tagatzungsgesandten Weisungen mitzugeben. Barmann, einer der führenden Köpfe in den Beratungen, war sich bewußt, daß die Vorlage nicht vollkommen war; wie andere Wortführer, vor allem Anton von Riedmatten, der spätere erste Walliser Nationalrat, und Staatsrat Rey, trat er jedoch aus Opportunitätsgründen für sie ein.<sup>25)</sup>

#### IV.

Die *eidgenössische Tagsatzung* unterzog vom 16. Mai bis 10. Juni im Laufe von vierzehn Sitzungen den Verfassungsentwurf einer ersten Lesung. Die Walliser Gesandtschaft brachte dabei gemäß den Instruktionen, die sie vom Großen Rat erhalten hatte, ihre Vorbehalte an und ihre Anträge ein. Aus den Protokollen gewinnt man nicht den Eindruck, daß sie Wesentliches beisteuerte.

Bei den Beratungen über den Aufbau des Bundesapparates und des Zweikammernsystems stellte die Walliser Gesandtschaft zu Art. 55 folgenden Antrag: «Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus Abgeordneten der Stände und aus Abgeordneten des Volkes gebildet wird. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete; in den getheilten Kantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten und das Schweizerische Volk einen Abgeordneten auf je 30 000 Seelen in der Gesamtbevölkerung. Die Bruchzahl über 15 000 Seelen wird für 30 000 Seelen gerechnet.» Das Wallis schlug also ein Einkammersystem vor, anerkannte aber das Prinzip einer ungleichen Vertretung im gleichen Parlament, und zwar in der Weise, daß der Nationalrat sich aus Vertretern der Nation und der Kantone zusammensetzen sollte. Der Antrag vereinigte neben der eigenen Stimme jene der Stände Glarus, Zug, Graubünden und Thurgau auf sich.<sup>26)</sup> Mit der Schaffung des National- und Ständerates wurde im Bund das Zweikammernsystem eingeführt.

Zu den Art. 62 und 66, die vorsahen, daß sowohl Nationalrat wie Ständerat aus ihrer Mitte für jede ordentliche oder außerordentliche Sitzung einen Präsidenten und Vizepräsidenten wählen sollten, beantragte die Walliser Gesandtschaft, das Wort «außerordentlich» im Verfassungstext zu streichen. Der Antrag drang jedoch nicht durch.<sup>27)</sup> Noch massiver unterlag der Walliser Antrag, wonach die Mitglieder des Ständerates aus der Bundeskasse und nicht aus den Kantonskassen entschädigt werden sollten (Art. 67). Einzig Zug stimmte mit dem Stand

<sup>25)</sup> Vgl. *Paul de Rivaz*, *Histoire contemporaine du Valais*, Sion 1946, S. 38.

<sup>26)</sup> Abschied IV, S. 44, 46. Vgl. dazu auch *Rappard*, a. a. O., S. 170 f; *de Rivaz*, a. a. O., S. 38.

<sup>27)</sup> Abschied IV, S. 113, 115. Für den Walliser Antrag zu Art. 62 (Nationalrat) stimmten 6 Stände: Freiburg, St. Gallen, Thurgau, Waadt, Wallis und Genf. Der Antrag zu Art. 66 (Ständerat) wurde zurückgezogen.

Wallis.<sup>28)</sup> Dagegen hatten die Walliser Gesandten die Genugtuung, daß ihr Antrag mehrheitlich angenommen wurde, wonach nicht nur der Präsident, sondern auch der Vizepräsident des Bundesgerichtes von der Bundesversammlung zu wählen sei (Art. 94).<sup>29)</sup> Bei Behandlung von Art. 103, der Vorbehalte zur Bundesgesetzgebung macht, stellte das Wallis mit Erfolg einen ähnlichen Antrag wie Zürich, das verlangte, daß in den Gesetzestext auch aufgenommen wurde, daß die Bundesgesetzgebung die näheren Bestimmungen erlasse, «die zur Entwicklung der in der Bundesurkunde enthaltenen Grundsätze erforderlich sind».<sup>30)</sup>

Die übrigen Walliser Interventionen auf der eidgenössischen Tagsatzung gehen in das Gebiet des Zoll- und Finanzwesens. So die Erklärung zu Art. 24: «Par les mots droits et finances accordés et reconnus par la diète il n'est pas parté atteinte aux péages, droits d'entrée, de sortie et autres droits de ce genre, que le Canton du Valais a perçu de tout temps et notamment en vertu de sa loi de finance de 1842.» Bloß der Stand Graubünden schloß sich dieser Ansicht des Wallis an, während sich die Gesandtschaften der Stände Uri und Tessin das Protokoll offen behielten.<sup>31)</sup> Auch der Walliser Antrag, Art. 25 einen Absatz beizufügen, der die Salzeinfuhr den Zollbestimmungen unterwarf, wurde verworfen.<sup>32)</sup> Andere Walliser Interventionen auf der eidgenössischen Tagsatzung haben wir bereits bei der Verhandlung des Verfassungsentwurfes durch den Großen Rat in Sitten erwähnt.

Der bereinigte Entwurf der Bundesverfassung wurde am 27. Juni 1848 von der Tagsatzung nach einer zweiten Lesung mit 13 von 22 Stimmen unter dem Vorbehalt der Ratifikation durch die verschiedenen verfassungsmäßigen Organe der Kantone genehmigt. Wallis gehörte in der Tagsatzung zu den annehmenden Kantonen.<sup>33)</sup>

Am 7. August 1848 prüfte der Walliser Große Rat den Entwurf. Eine ausführliche staatsrätliche Botschaft erleichterte den Abgeordneten ihre Arbeit, so daß sie mit 70 gegen 7 Oberwalliser Stimmen den Entwurf annahmen und beschlossen, diesen dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.<sup>34)</sup>

Im Sommer 1848 fanden in den Kantonen die ausschlaggebenden Abstimmungen statt. 15½ Kantone nahmen die neue Bundesverfassung an, 6½ verwarfen sie, unter ihnen das Wallis, das allerdings wie Obwalden, Zug und Tessin erklärte, sich einem Mehrheitsbeschluß

<sup>28)</sup> Abschied IV, S. 116.

<sup>29)</sup> a. a. O., S. 150.

<sup>30)</sup> a. a. O., S. 157.

<sup>31)</sup> a. a. O., S. 195, 203.

<sup>32)</sup> a. a. O., S. 205, 208. Für den Walliser Antrag stimmten: Schwyz, Graubünden, Tessin, Neuenburg und Genf.

<sup>33)</sup> *His*, a. a. O., S. 20; *Rappard*, a. a. O., S. 136.

<sup>34)</sup> Das radikale «Journal du Valais» bemerkte dazu 1848 in Nr. 51: «On vote contre quelques députés du Haut-Valais, par la crainte que la nouvelle Charte n'impose des charges trop onéreuses au pays, et M. Louis Ribordy qui reproche au projet de ne pas émaner de sa vraie source, la souveraineté du peuple.» (Nr. 51).



unterwerfen zu wollen.<sup>35)</sup> Das Wahlergebnis im Wallis, wo die Abstimmung am 20. August durchgeführt wurde, lautete: angenommen 2751, verworfen 4171.

In den einzelnen Bezirken wurde wie folgt gestimmt<sup>36)</sup>:

Goms	8	angenommen, 438	abgelehnt
Brig	26	512	„
Visp	67	776	„
Raron	10	529	„
Leuk	137	273	„
Siders	147	714	„
Ering	44	76	„
Sitten	202	34	„
Gundis	331	17	„
Martinach	619	156	„
Entremont	384	152	„
St-Maurice	256	48	„
Monthey	458	59	„

Das Oberwallis verwarf also mit erdrückender Deutlichkeit.

Der Große Rat trat am 1. September 1848 zusammen, um die durch das negative Abstimmungsergebnis entstandene Situation zu prüfen. Allgemein herrschte unter den Abgeordneten Bestürzung. Die Gommer Abgeordneten blieben der Sitzung fern. Es begann eine Redeschlacht, deren Höhepunkt im Antrag des Abgeordneten Cretton gipfelte, das Deutschwallis von der Kantonsvertretung in den eidgenössischen Räten auszuschließen. Der Antrag drang nicht durch, um so weniger, da Staatsrat Barmann energisch dagegen auftrat.<sup>37)</sup> Schließlich einigte man sich auf den staatsrätlichen Vorschlag: die Walliser Tagsatzungsabgeordneten sollten dem Verfassungsentwurf zustimmen, wenn eine Mehrheit von 12 Ständen, die ihrerseits die Mehrheit des Schweizer Volkes repräsentieren, ihn annahm; der Staatsrat wurde beauftragt, den Abgeordneten die notwendigen Instruktionen zu erteilen.<sup>38)</sup>

Im Unterwallis und vor allem in radikalen Kreisen war die Erregung über das Abstimmungsergebnis im Oberwallis groß. Sie entlud sich nicht nur im Großen Rat, sondern auch im liberalen «Journal du Valais», der einzigen Walliser Zeitung, die auf 81 559 Einwohner fiel, und vor der Ende 1847 die konservative Presse die Waffe strecken und das Feld räumen mußte.<sup>39)</sup> Das Blatt bezeichnete das Oberwallis als rückständig und anti-eidgenössisch, pries das Unterwallis als fortschrittlich und zukunftsreich: «Le Bas-Valais n'a plus à hésiter, il y a

<sup>35)</sup> *His*, a. a. O., III, S. 22. Das Schweizerische Gesamtergebnis betrug 145 584 annehmende und 54 320 ablehnende Stimmen. Vgl. *Gallus Jacob Baumgartner*, *Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830—1850*, Bd. IV, Zürich/Stuttgart 1868, S. 302.

<sup>36)</sup> *Journal du Valais* 1848, Nr. 56.

<sup>37)</sup> *de Rivaz*, a. a. O., S. 38.

<sup>38)</sup> *Staatsarchiv Sitten*, Großratsprotokolle.

<sup>39)</sup> *Karl Weber*, *Die Schweizer Presse im Jahre 1848, 1927*, S. 48, 159.

de son avenir; toute considération secondaire doit céder aux exigences du bien public. Séparer ses intérêts de ceux du Haut-Valais, régler ses comptes avec la Confédération, tel est la ligne de conduite que lui tracent les circonstances.»<sup>40)</sup>

## VI.

So trat die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft am 12. September 1848 in Kraft, ein Werk des Ausgleichs und ein Werk der Mäßigung<sup>41)</sup>, das Beharrung und Wandlung<sup>42)</sup> des Schweizerischen Staatswesens verkörpert. In den Vorschlägen des Walliser Staatsrates und den Beratungen des Großen Rates und den Anträgen der Walliser Tagsatzungsgesandten äußert sich der Wille, nach mehr als dreißigjähriger Zugehörigkeit zum Schweizerbund, trotz zum Teil anders gelagerter Interessen, zu eidgenössischer Verständigung Hand zu bieten. Wenn das Volk und vor allem das Oberwallis nicht zustimmte, war das nicht Ausdruck mangelnder freundeidgenössischer Gesinnung, sondern das Zeichen, daß die Wunden, welche die kantonalen Verfassungskämpfe und die Sonderbundskrise schlugen, noch nicht vernarbt und die staatlichen Eingriffe in die kirchlichen Rechte nicht vergessen waren.<sup>43)</sup>

Am 6. November 1848 trat in Bern die erste Schweizerische Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.<sup>44)</sup> Als erste Walliser Nationalräte waren gewählt worden Maurice Barmann (im Amt bis Oktober 1857), Josef Anton Clemenz (bis Oktober 1851), Adrien Felix Pottier (bis zu seinem Tode im Juli 1855) und Anton von Riedmatten (bis Oktober 1857)<sup>45)</sup>;

<sup>40)</sup> Journal du Valais 1848, Nr. 58. Zur Stimmung in anderen Kantonen. Vgl. etwa O. Wohnlich, Appenzell A. Rh. und die Revision der Bundesverfassung von 1848, Appenzellische Jahrbücher 75 (1947), S. 33 ff; Fritz Kasser, Der Kanton Bern und die Bundesverfassung von 1848, Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 1948, S. 209 f.

<sup>41)</sup> Den Ausdruck verwendet Peter Jäggi, Die Bundesverfassung von 1848, ein Werk der Mäßigung, Schweizer Hochschulzeitung 1948, H. 4, S. 181 ff.

<sup>42)</sup> Den Ausdruck bringt Max Huber, Beharrung und Wandlung, Betrachtungen zur Jahrhundertfeier der Bundesverfassung von 1848, Schweizer. Hochschulzeitung 1948, S. 287.

<sup>43)</sup> Leopold Bortier, Kirche, Klerus und Staat des Wallis von 1839 bis 1849, Blätter aus der Walliser Geschichte XIII (1962), S. 105 ff; auch Ernst Staehlin, Die Stimmen der schweizerischen Kirchen zum Sonderbundskrieg und zur Gründung des schweizerischen Bundesstaates, Zürich 1948, S. 15 ff, 49 f, 73 f, 92, 109.

<sup>44)</sup> His., a. a. O., III, S. 25.

<sup>45)</sup> Josef Anton Clemenz (1800—1872) von Visp, Großrat seit 1839, Statthalter von Visp 1841—43, Staatsrat 1843—47 und 1871—72, 1848 Präs. des Bezirksgerichtes, 1848—51 Nationalrat, 1856—57, 1861—63, 1865—65 Ständerat.

(Leo Hallenbarter, Aus den Lebenserinnerungen des Staatsrates Joseph Anton Clemenz, Walliser Jahrbuch 10 [1941], S. 54—67.)

Adrien-Felix Pottier von Monthey (1792—1855), 1. Präsident der jungen Schweiz, 1840—55 Präsident des Gerichtes von Monthey, 1848—55 Nationalrat. (Walliser Wappenbuch, S. 200; Histor.-biogr. Lex. der Schweiz V, S. 474.)

Anton von Riedmatten (1811—1897) 1848—57 Nationalrat, 1857—71 Staatsrat (Walliser Wappenbuch, S. 212; Henry de Riedmatten, Herkunft und Schicksal einer St. Niklausfamilie: die Riedmatten, Blätter aus der Walliser Geschichte XII, 1964, S. 544; Histor.-biogr. Lex. der Schweiz V, S. 626).

erste Walliser Ständeräte waren Henri Ducrey (bis Juni 1850) und H. Grillet (bis Juli 1850).<sup>46)</sup> Gleichzeitig wählte der Kanton neben den Mitgliedern der Bundesversammlung Ersatzmänner. Der Nationalrat behandelte diese Ersatzmännerwahlen «als nicht geschehen»; der Ständerat dagegen erklärte, «es sollen für einstweilen keine Ersatzmänner von Mitgliedern des Ständerates zum Sitze in die Behörde zugelassen werden».<sup>47)</sup>

Bereits in den ersten Geschäftssitzungen des Nationalrates (11. Mai 1849) und des Ständerates (28. Juni 1849) stand ein Walliser Geschäft auf der Traktandenliste, nämlich eine Petition des Stiftes vom Großen St. Bernhard um Einstellung des Verkaufes eines seiner Güter durch den Kanton Wallis. Die Räte waren jedoch der Auffassung, daß diese Angelegenheit in der Zuständigkeit des Kantons liege, und schritten darüber hinweg zur Tagesordnung.<sup>48)</sup>

Langsam schwand auch im Walliser Volk der Widerstand gegen die neue Bundesverfassung und wuchs der Sinn für eidgenössische Zusammenarbeit, die Grundlage schweizerischen Bestandes ist.

<sup>46)</sup> *Léon Kern*, Repertorium über die Verhandlungen der Bundesversammlung der Schweiz. Eidgenossenschaft, I, 1848—74, Freiburg 1942, S. 317, 323; *Annuaire officiel du Canton du Valais pour l'année 1849*, S. 18 f; *de Rivaz*, a. a. O., S. 42.

<sup>47)</sup> Bundesblatt 1848, S. 109 f; *Fritz Fleiner*, Die Gründung des Schweizer Bundesstaates im Jahre 1848, Basel 1898, S. 26.

<sup>48)</sup> *Kern*, a. a. O., S. 9, Nr. 43.